



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/2

3. Januar 1950

## Die Berliner SPD-Tagung

---

sp. Wenn die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den ersten Januartagen in der Stadt zusammentritt, die im deutschen Bewusstsein noch immer die eigentliche Hauptstadt unseres Landes ist, dann hat das in doppelter Hinsicht symbolische Bedeutung: dafür, dass die Sozialdemokratie in der Frage Berlin auch für 1950 eines der wichtigsten deutschen und internationalen Probleme sieht, und dafür dass sie beabsichtigt, bei seiner Lösung, was die deutsche Seite anlangt, führend zu bleiben.

Mit Recht hat man immer wieder gesagt, dass im Schicksal Berlins sich die deutsche Situation widerspiegeln, und dass am Beispiel Berlins die Möglichkeiten einer Lösung der deutschen Frage am ehesten erprobt werden könnten, auch wenn es dabei nicht nur in der Grössenordnung, sondern auch in der Art der Problemstellung Unterschiede gibt. Aber politisch gesehen trifft die Analogie im grossen und ganzen zu. In diesem Sinne war das Ende der Berliner Blockade, obwohl ihre Auswirkungen viele Berliner schwer enttäuscht haben, ermutigend.

Die Lage Berlins ist unverändert ernst. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr gross. Trotz erheblicher Aufwendungen des Bundes für die Abdeckung des Haushaltsdefizits ist noch durchaus nicht abzusehen, wie die Stadt über den Berg kommen wird, umso weniger, als es in Westdeutschland leider bestimmte politische und wirtschaftliche Kreise gibt, die keine übertriebene Neigung zeigen, über den Rahmen

des damit verbundenen eigenen Interesses hinaus zu helfen. Das wird natürlich bestritten, denn niemand lässt sich gern die Vernachlässigung eines unverschuldet in besondere Not geratenen Angehörigen nachsagen. Aber es ist gerade im Laufe des vergangenen Jahres immer wieder deutlich geworden, vor allem die Tatsache der sozialdemokratischen Führung Berlins oft genug parteipolitisch anders eingestellte Gremien veranlasst hat, in Worten und Handlungen kritisch und äusserst zurückhaltend zu sein, wo Anerkennung für eine unbestreitbare Leistung und praktische Hilfe am Platze gewesen wären. So haben zum Beispiel gewisse westdeutsche Kreise wohl ihr Geschäft mit der Lieferung von Fertigprodukten nach Berlin betrieben, aber bei der Hergabe von Rohstoffen, deren Verarbeitung der Berliner Wirtschaft einen echten Antrieb gegeben hätte, waren sie mehr als vorsichtig. Die Nahrungsmittelindustrie in Berlin ist auf diese Weise praktisch zum Erliegen gekommen. Auf sozialdemokratischer Seite besteht der Eindruck, dass auch die Bundesregierung das Schwergewicht ihres Interesses für Berlin bisher auf platonische Erklärungen gelegt hat. Es hätte gerade ihr, wenn sie ernsten Willens gewesen wäre, verhältnismässig leicht sein müssen, durch die ihr so nahestehende westdeutsche Wirtschaft der Berliner Wirtschaft durch Kredite und Auftragserteilungen eine wirklich wesentliche Hilfe für den neuen Beginn eines einigermaßen gesunden Wirtschaftslebens zu leisten.

Die Tage in Berlin werden mehr als das jedes Treffen in Westdeutschland ermöglicht hätte, Gelegenheit zu gründlicher Aussprache mit den Freunden auf der Freiheitsinsel in der Sowjetzone gegeben und diese Gespräche werden durch Anschauung und eigenes Erleben ergänzt werden können. Vor allem wird auch die sozialdemokratische Arbeit in Bonn wertvolle Anregungen im Sinne einer verstärkten westdeutschen Hilfe für die Stadt an der Spree erhalten.

\*\*\*

### Praktischer Skandinavismus

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Das Projekt der Lieferung elektrischer Energie von Norwegen nach Dänemark ist lebendige Wirklichkeit geworden. Die Gutachten der Sachverständigen und Regierungskommissionen der drei skandinavischen Länder sind vor kurzem der Öffentlichkeit zugestellt worden und wenn, was kaum zweifelhaft ist, die Parlamente ihre Zustimmung zu diesen Vorschlägen gegeben haben, wird dies bisher grösste gemeinsame Projekt unverzüglich in Angriff genommen werden. Die elektrische Kraft selbst wird in Norwegen durch den Ausbau einer Reihe bestehender Wasserkraftwerke erzeugt werden. Der Strom wird zum grössten Teil durch Hochspannungsleitungen von Norwegen über Schweden nach Dänemark geleitet. Lediglich auf der kurzen Strecke von Helsingborg (Schweden) nach Helsingör (Dänemark) wird ein Unterwasserkabel benötigt. Dort, an der schmalsten Stelle, ist der Öresund nur 4 km breit.

Die Baukosten sind insgesamt auf 166 Millionen norwegische Kronen veranschlagt, von denen auf die Arbeiten in Norwegen 103, auf Schweden 50 und Dänemark 13 Millionen Kronen entfallen. Die Finanzierung des Projekts setzt eine Anleihe aus den Mitteln der Marshallhilfe in der Höhe von 10 Millionen Dollar voraus. Dänemark wird Norwegen einen Staatskredit für die Baukosten mit drei Prozent einräumen sowie Sorge dafür tragen, dass für die Arbeiten in Norwegen einige hundert dänische Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden. Schweden bringt das Kapital selbst auf und wird von Dänemark durch eine langfristige Amortisation bei niedrigem Zinsfuss schadlos gehalten.

Für Dänemark bedeutet die Verwirklichung dieses Vorhabens, dass die Versorgung mit Strom um 30 Prozent erhöht wird. Der auf diese Weise zusätzlich gelieferte Kraftstrom entspricht dem anderthalbfachen heutigen Bedarf der Millionenstadt Kopenhagen. Dänemark wird auf diese Weise jährlich 15 Millionen Kronen an Valuta sparen, die für die Einfuhr von Kohlen für die Erzeugung dieser Strommenge notwendig wäre.

Man rechnet damit, dass 1953 die ersten Stromlieferungen einsetzen können und dass 1954 der gesamte Plan verwirklicht sein wird.

Prinzipiell wird - auch wenn man an Einzelheiten Kritik übt - dieser Plan, über den sich die drei Regierungen mit ihren Sachverständigenkomitees einig geworden sind, lebhaft in allen drei Ländern als "praktischer Skandinavismus" begrüsst. Besonders das Entgegenkommen Schwedens wird in den beiden anderen Ländern stark hervorgehoben, da Schweden selbst von dem Projekt keinen Nutzen hat. Die Durchführung dieses Planes stellt einen glücklichen Ausgleich zwischen Überfluss und Mangel dar. Norwegen hat zur Zeit nur 15 Prozent seiner Wasserkräfte ausgenutzt, während Dänemark in keiner Weise über Wasserkräfte zur Erzeugung von Strom verfügt.

\*\*\*

#### SPD-Parteitag nach Frühjahrswahlen?

---

sp. Der sozialdemokratische Bundes-Parteitag, über dessen Termin und Tagungsort der Vorstand auf seiner Berliner Sitzung endgültig beschliessen wird, wird wohl, wie wir erfahren, kaum vor den im kommenden Frühjahr vorgesehenen Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein stattfinden. Das würde aller Wahrscheinlichkeit nach ein Datum kurz vor Pfingsten bedeuten. Als Tagungsort dürfte es, wie seit längerem vorgesehen, bei Hamburg bleiben.

\*\*\*

#### Bund und Selbstverwaltung

---

Im Januar-Heft der "Demokratischen Gemeinde" schreibt Dr. Walter Kenzel, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, unter der Überschrift "Echte Selbstverwaltung" u.a.:

Nach der Bildung des Bundes werden nunmehr die Steuerquellen in erster Linie für ihn fliessen. Durch das Grundgesetz ist der Bund mit fast allen Kriegsfolgeausgaben belastet worden. Sein Finanzbedarf wird daher ausserordentlich gross sein, aber der vorgesehene Stellenplan für die Ministerien in Bonn lässt erkennen, welchen ungeheuren Verwaltungsapparat die Bundesregierung aufzubauen beabsichtigt und lässt so die Besorgnis entstehen, dass die Bundesregierung nicht so pfleglich mit den Steueraufkommen umgehen wird, wie es die deutsche Armut erfordert. Das, was der Bund glaubt, nicht selbst an Geld gebrauchen zu können - nach alter Erfahrung wird er

da nicht sehr grosszügig sein - erhalten die Länder, und wenn sie zum Zuge gekommen sind, werden die Gemeinden den Rest ausgeschüttet erhalten. Die Gefahren, die hierin liegen, können gar nicht als gross genug angesehen werden, denn die Selbstverwaltungsidee ist nur soviel Wert, als finanzielle Kraft hinter ihr steht. Die Sozialdemokratie wird daher verlangen müssen, dass durch die Finanzausgleichsgesetze des Bundes, aber auch der Länder, den Gemeinden, wie früher, ein prozentual gesicherter Anteil an den wichtigsten Steuermassen zu gewährleisten ist.

Die Entwicklung in Bonn droht andere Wege zu gehen. Die Regierungsparteien, unterstützt von den rechts von ihr stehenden politischen Gruppen, haben den Antrag der SPD auf Einsetzung eines Kommunalausschusses abgelehnt. Aus der Haltung dieser Parteien, und zwar einschliesslich der CDU, ergab sich somit, was von der, von ihnen draussen im Gemeinde- und sonstigen politischen Leben vertretenen Forderung, das gemeindliche Leben zu fördern, in Wirklichkeit zu halten ist. In dem Augenblick, in dem sie vor die Frage gestellt wurden, nunmehr wirklich etwas Entscheidendes zugunsten der Gemeinden und der praktischen Anerkennung ihrer Selbständigkeit zu tun, versagten sie ihre Hilfe und versetzten damit der Selbstverwaltungsidee einen schweren Schlag. Wir sollten das in den Wahlkämpfen, vor allem in den kommenden Landtags- und Gemeindeparlamenten nicht vergessen.

\*\*\*

#### Amtliche Kurse für Geschichtsfälschung.

sp. Beim ostzonalen Volksbildungsministerium laufen 10- bis 14-tägige Lehrgänge für Geschichtslehrer, die an den Oberschulen der Sowjetzone den Geschichtsunterricht übernehmen sollen. Das Thema dieser Lehrgänge ist die Weimarer Republik. Als roter Faden zieht sich durch alle Referate die Tendenz, die Schuld des Versagens der Weimarer Republik der SPD anzuhängen. Der Geschichtsunterricht über die Weimarer Republik sei nur unter diesem "historischen" Blickwinkel zu behandeln.

\*\*\*